

Fragen zur Bildungspolitik für die Nationalratswahlen 2024

Im Rahmen unserer Bildungsinitiative möchten wir Ihre Standpunkte zu wichtigen bildungspolitischen Fragen erfahren. Ihre Antworten werden veröffentlicht, um den Wähler:innen Einblick in Ihre Bildungsagenda zu geben. Wir danken Ihnen für Ihre Antworten.

Mit der Zusendung der Fragen an Sie werden wir diese auch auf unserer Homepage veröffentlichen und ankündigen, dass wir Ihre Antworten sofort nach Erhalt ebenso veröffentlichen werden. Sollte bis zum 24. August 2024 keine Antwort vorliegen, werden wir „KEINE RÜCKMELDUNG ERHALTEN“ bei Ihrer Partei eintragen, sofern Sie uns nicht um eine spätere Zusendung ersuchen. In diesem Fall schreiben wir, wann Ihre Rückmeldung angekündigt ist.

FRAGE 1: Gemeinsame Schule für alle 6–15 Jährigen:

Alle Schülerinnen und Schüler sollen in einer gemeinsamen, inklusiven Schule jene Bildungsangebote bekommen, die ihren Lernvoraussetzungen entsprechen. Sind Sie für eine gemeinsame Schule ALLER Schülerinnen und Schüler?

- i) Wenn ja, wie wollen Sie das erreichen?
- ii) Wenn nein, erklären Sie bitte, warum nicht?

Eine Gesamtschule würde aufgrund der Heterogenität der Schüler das Bildungssystem massiv verschlechtern. Wir wollen eine ehrliche Unterstützung der einzelnen Bildungskarrieren durch persönliche „Talente-Checks“ in der 3./4. und 7./8. Schulstufe. Sollte sich zwischenzeitlich der Bildungspfad ändern, muss ein Umstieg unterstützt werden. Die Mittelschule muss mit Schwerpunktsetzungen und dem Ausbau der unter Schwarz-Blau wiedereingeführten Leistungsgruppen gestärkt werden. Eine berufsbildende Bildungskarriere (Lehre) ist mindestens gleichwertig zu einer weiterführenden Schulausbildung.

FRAGE 2: Chancengerechtigkeit:

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um in Österreich mehr Chancengerechtigkeit unabhängig vom Bildungsgrad der Eltern zu erreichen?

Für Chancengerechtigkeit brauchen wir ein öffentliches Schulsystem, das in ganz Österreich gut funktioniert. Damit das gelingt, müssen wir sicherstellen, dass alle Kinder nur dann eingeschult werden, wenn sie ausreichend Deutsch sprechen. Kinder, die gut Deutsch können, dürfen nicht benachteiligt werden, weil andere die Sprache noch nicht beherrschen.

FRAGE 3: Qualitätsvoller Kindergartenbesuch für alle Kinder:

Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um allen Kindern einen qualitätvollen Kindergartenbesuch zu ermöglichen?

Viele Forderungen für einen qualitätvollen Kindergartenbesuch wurden bereits im Regierungsprogramm der schwarz-blauen Koalition 2017 festgehalten. Ein wesentlicher Teil davon wurde durch die 2018 einstimmig beschlossene 15a-Vereinbarung über die Elementarpädagogik für die Kindergartenjahre 2018/19 bis 2021/22 umgesetzt. Die fehlenden Punkte konnten wegen der Auflösung der damaligen Koalition nicht mehr umgesetzt werden und wurden von der schwarz-grünen Regierung nur ansatzweise weitergeführt.

Die FPÖ setzt sich für eine qualitativ hochwertige elementarpädagogische Betreuung ein, die hauptsächlich in der Verantwortung der Bundesländer und Kommunen liegt. Eine Zentralisierung betrachten wir nicht als Lösung, sondern eher als Problem. Der Bund sollte den gesetzlichen Rahmen vorgeben und die Finanzierung sicherstellen, sei es über den Finanzausgleich oder über eine 15a-Vereinbarung. Die Umsetzung soll jedoch mit größtmöglicher Autonomie erfolgen. Am Ende sollte es aber egal sein, wer der Träger ist – auch eine elementarpädagogische Betreuung, die ähnlich wie häuslicher Unterricht gestaltet ist, muss möglich und förderfähig sein. Denn jedes Kind ist gleich viel wert.

FRAGE 4: Investitionsbedarf:

Österreich liegt bei den Bildungsausgaben gemessen am BIP sowohl mit Blick auf die Elementarbildung als auch auf den Schulbereich unter dem OECD-Schnitt und deutlich unter den Ausgaben von Top-Performer Ländern innerhalb der EU. Sehen Sie Handlungsbedarf und wenn ja, in welchen Bereichen besteht Ihrer Meinung nach der dringendste Investitionsbedarf?

Im Grunde sollte genug Geld im Bildungssystem sein. Der Staat gibt insgesamt etwa 25 Milliarden Euro für Bildung aus. Die wichtige Frage ist, ob genug davon im Klassenzimmer ankommt. Laut dem ehemaligen Finanzminister Schelling sind das nur 50 Cent pro Euro. Hier müssen wir ansetzen: Bürokratie abbauen!

FRAGE 5: Umwandlung von Sonderschulen:

Befürworten Sie die Umwandlung der Sonderschulen zu Regelschulen und treten Sie somit für die Abschaffung des segregierenden Ortes der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen ein?

FRAGE 6: Aufhebung der 2,7% Deckelung für Inklusion:

Treten Sie dafür ein, die 2,7% Deckelung für den Bereich der Sonderpädagogik/Inklusion sofort aufzuheben und die Ressourcen nach dem tatsächlichen Bedarf zuzuweisen?

Antwort zu Frage 5 und 6:

Bereits im Jahr 2008 hat die FPÖ in einem Entschließungsantrag auf die unbefriedigende Situation bezüglich des Stundenkontingents für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf hingewiesen und gefordert, in einem ersten Schritt das Berechnungsmodell für personelle Ressourcen für den sonderpädagogischen Förderbedarf, das bundesweit von 2,7% der Schülerpopulation ausgeht, auf 4,5 % der Schülerpopulation zu setzen.

Weiters hat die FPÖ in diesem Antrag die Bundesregierung aufgefordert, Maßnahmen zu entwickeln, um mittelfristig eine bedarfsgerechte Zuteilung personeller Ressourcen unter Berücksichtigung der konkreten Situation, den Einsatz von Nicht-Lehrer-Personal für unterstützende Tätigkeiten, sowie das Zwei-Lehrer-Modell zu ermöglichen.

Gleichzeitig muss dem Wunsch vieler Eltern entsprochen werden, die „Sonderschule für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf“ und „Sonderpädagogische Zentren“ zu erhalten, um eine Wahlfreiheit zu ermöglichen.

In Artikel 5, Abs. 4, der UN-Konvention steht: „Besondere Maßnahmen, die zur Beschleunigung oder Herbeiführung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen erforderlich sind, gelten nicht als Diskriminierung im Sinne dieses Übereinkommens.“

Sonderschulen gehören zu diesen besonderen Maßnahmen. Auch Artikel 24 der Konvention, in dem es um Bildung geht, spricht nicht von einem inklusiven, gleichen Schulwesen.

Die FPÖ ist auch immer für ein Recht auf ein freiwilliges 11. und 12. Schuljahr für behinderte Kinder eingetreten.

Das wurde auch im ÖVP-FPÖ-Arbeitsübereinkommen in NÖ festgehalten und schon umgesetzt: NÖ gewährt ein freiwilliges 11. und 12. Schuljahr für behinderte Kinder, informiert Familien hierüber zeitgerecht und fordert gleichzeitig eine entsprechende Umsetzung durch den Bund bei Weiterführung der Wahlfreiheit hinsichtlich der Betreuung.

FRAGE 7: Planungssicherheit und Mangel an Lehrpersonen:

Wie kann es gelingen, dass das Ministerium und die Bildungsdirektionen zielsicherer vorausplanen können, insbesondere vor dem Hintergrund des eingetretenen Lehrermangels und der demographischen Veränderungen?

FRAGE 8: Pädagogische Expertise und Personalressourcen:

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um dem Mangel an Lehrpersonen entgegenzutreten? Welche anderen Personalressourcen erscheinen Ihnen zentral für eine gelingende Bildung?

Antwort zu Frage 7 und 8:

Die FPÖ hat schon 2010 vor dem drohenden Lehrermangel gewarnt. Doch weder rote noch schwarze Bildungsminister haben etwas unternommen. Stattdessen wurde 2013 die Lehrerausbildung unnötig verlängert. Vernünftige Quereinstiegs- und Rückkehrmodelle wurden ebenfalls jahrelang versäumt. Jetzt, wo die Situation kritisch ist, kommen nur halbherzige Reformen.

Wir brauchen eine neue Pädagogenausbildung und ein Lehrerdienstrecht, das den heutigen Anforderungen entspricht. Lehrer sollten von der Bildungsdirektion Unterstützung in allen Belangen erhalten, statt mit Verwaltungsaufwand belastet zu werden. Lehrer sollen unterrichten und nicht verwalten. Dafür muss ausreichend Unterstützungspersonal bereitgestellt werden.

FRAGE 9: Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Schule für das 21. Jahrhundert:

Welche konkreten Verbesserungsvorschläge haben Sie hinsichtlich der Ausstattung der Schulen und der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte? Wie wollen Sie eine Schule für das 21. Jahrhundert fördern (Stichworte: Öffnung der Schulen im pädagogischen Sinne, Bildungsinhalte für die Zukunft der Schülerinnen und Schüler, Projektunterricht etc.)?

Die FPÖ fordert eine Bildungspflicht statt Schulpflicht: Keine Zeit absitzen, sondern klare Bildungsziele erreichen, beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr.

Zukünftig sollen Schüler klare Bildungsziele vorgegeben bekommen, die sie erreichen müssen. Dabei ist es egal, wie oder wo sie das tun. Öffentliche Schulen bleiben der zentrale Ort der Bildung. Wir wollen weg von aufgeblähten Lehrplänen und hin zu klar definierten Bildungszielen. So stellen wir sicher, dass Volksschüler ordentlich lesen, schreiben und rechnen können, Lehrlinge eine umfassende Grundbildung haben und gut auf ihren Beruf vorbereitet sind und zukünftige Studenten das nötige Wissen für die Universität mitbringen.

Dafür ist ein zeitgemäßes Lehrerdienstrecht notwendig, mit einer Besoldungssystematik, die in allen Schultypen leistungs- und ergebnisorientiert gestaltet werden muss. Es werden neue Arbeitszeitmodelle für Pädagogen notwendig sein, um Schulen eine standortautonome, flexible Arbeitszeitgestaltung zu ermöglichen.

FRAGE 10: Bildungsbegriff:

Basis aller bildungspolitischen Initiativen ist Ihr Verständnis von Bildung. Deswegen möchten wir abschließend fragen, ob Sie die Aufgaben der österreichischen Schule, dargelegt im §2 SCHOOG, als noch zeitgemäß empfinden und wie Sie Ihren Bildungsbegriff beschreiben würden.

Das österreichische Bildungssystem darf gesellschaftspolitisch weder auf das Bewahren alles Überkommenen, noch auf das Verändern um jeden Preis ausgelegt sein, sondern soll Menschen heranbilden, die über ihre Zukunft frei und fundiert zu entscheiden vermögen.

Persönlichkeitsbildung und Wissenserwerb sollen sie in die Lage versetzen, kulturelle, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge zu erkennen und verantwortlich mitzugestalten. Dafür ist es auch erforderlich, das gesamte Bildungssystem von parteipolitischen Einflüssen zu befreien und Sorge dafür zu tragen, dass Schulen nicht zu ideologisch-doktrinären Zwecken missbraucht werden.

Unter den Bildungszielen ist die Beherrschung der Grundkulturtechniken für den weiteren Bildungsaufbau Voraussetzung.

Zu den Bildungszielen gehören aber auch die Pflege der österreichischen Eigenart und die Erhaltung des kulturellen Erbes. Hierin finden die Beibehaltung und Förderung humanistischer und musischer Bildungswege ihre Begründung, wobei auch auf regionale kulturelle Eigenarten Rücksicht zu nehmen ist.

Wettbewerb und neue Technologien stellen die Jugend vor große Herausforderungen. Um ihnen gewachsen zu sein, ist es Ziel freiheitlicher Politik, die Jugendlichen als Zukunftsträger modern und praxisbezogen auszubilden.